



Nach Monaten militärischer Spannungen haben die Vereinigten Staaten und Iran offenbar einen wichtigen diplomatischen Schritt vollzogen. Beide Seiten bestätigten die Unterzeichnung eines Memorandums of Understanding (MOU), das die unmittelbaren Kampfhandlungen beenden und den Weg für weiterführende Verhandlungen über das iranische Atomprogramm ebnen soll. Dennoch ist Vorsicht geboten: Das Dokument stellt keinen endgültigen Vertrag dar, sondern einen politischen Rahmen, dessen konkrete Umsetzung erst noch ausgehandelt werden muss.

Was als gesichert gilt

Ende der Feindseligkeiten und Öffnung der Straße von Hormus

Zu den zentralen Bestandteilen des Memorandums gehört die schrittweise Wiederöffnung der Straße von Hormus für den internationalen Schiffsverkehr. Die Meerenge zählt zu den strategisch wichtigsten Handelsrouten der Welt, da ein erheblicher Teil der globalen Ölexporten sie passiert. Eine Normalisierung der Lage könnte daher unmittelbare Auswirkungen auf die Energiemärkte und die internationale Wirtschaft haben.

Iranisches Bekenntnis zum Verzicht auf Atomwaffen

Teheran bekräftigt im Rahmen der Vereinbarung erneut, keine Atomwaffen entwickeln oder erwerben zu wollen. Diese Position vertritt die Islamische Republik offiziell seit Jahrzehnten. Neu ist jedoch der Versuch, diese Zusage in einen überprüfbaren diplomatischen Rahmen einzubetten, der den Forderungen Washingtons nach Transparenz entgegenkommen soll.

Vorläufiger Stopp weiterer Nuklearaktivitäten

Mehrere übereinstimmende Berichte deuten darauf hin, dass Iran während der Verhandlungsphase keine zusätzlichen Urananreicherungen vornehmen und seine nuklearen Kapazitäten nicht weiter ausbauen wird. Damit soll verhindert werden, dass während der Gespräche neue Fakten geschaffen werden, welche die Verhandlungen belasten könnten.

Verhandlungsfenster von 60 Tagen

Das Memorandum selbst löst die offenen Streitfragen nicht. Vielmehr eröffnet es einen rund zweimonatigen Zeitraum, in dem beide Seiten über ein umfassenderes Abkommen verhandeln sollen. Im Mittelpunkt stehen dabei die künftigen Anreicherungsgrenzen, die



Behandlung bereits vorhandener Uranbestände, internationale Kontrollen sowie die Zukunft der Wirtschaftssanktionen.

Die entscheidenden Streitpunkte bleiben ungelöst

Der Bestand an hoch angereichertem Uran

Besonders heikel bleibt die Frage des bereits vorhandenen Materials. Iran verfügt nach Schätzungen über erhebliche Mengen von Uran, das auf bis zu 60 Prozent angereichert wurde. Technisch liegt dieser Wert deutlich über den für zivile Zwecke üblichen Konzentrationen und relativ nahe an waffenfähigem Material.

Diskutiert werden mehrere Optionen: die Verdünnung des Materials, ein Transfer ins Ausland oder eine Lagerung unter internationaler Aufsicht. Welche Lösung letztlich gewählt wird, dürfte entscheidend für den Erfolg der Gespräche sein.

Umfang und Tiefe internationaler Kontrollen

Ebenso umstritten ist die Frage der Inspektionen. Die Vereinigten Staaten drängen auf weitreichende Kontrollrechte der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Für Teheran berührt dies Fragen nationaler Souveränität und Sicherheit. Die genaue Ausgestaltung eines künftigen Kontrollregimes dürfte daher zu den schwierigsten Verhandlungspunkten gehören.

Die Zukunft der Sanktionen

Auch bei den Sanktionen gibt es bislang keine abschließende Einigung. Nach Berichten aus iranischen Regierungskreisen stehen zeitlich begrenzte Ausnahmen für Ölexporte sowie die Freigabe eingefrorener Vermögenswerte zur Diskussion. Eine umfassende Aufhebung der amerikanischen Strafmaßnahmen wäre hingegen wohl erst nach einem endgültigen Abkommen denkbar.

Themen, die vorerst ausgeklammert werden

Bemerkenswert ist, dass zwei der umstrittensten Fragen des Nahen Ostens offenbar nicht zum unmittelbaren Verhandlungsgegenstand gehören: das iranische Raketenprogramm und die Unterstützung regionaler Milizen und Partnerorganisationen.



Gerade diese Punkte hatten in den vergangenen Jahren wesentlich zum Scheitern früherer Annäherungsversuche beigetragen. Kritiker in den USA, in Israel sowie in mehreren europäischen Staaten argumentieren daher, dass ein Abkommen ohne diese Themen wichtige Sicherheitsfragen unbeantwortet lasse.

Erinnerungen an das Atomabkommen von 2015

Das aktuelle Memorandum weist strukturelle Parallelen zum Weg auf, der einst zum Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) von 2015 führte. Damals wurden ebenfalls zunächst vertrauensbildende Maßnahmen vereinbart, bevor detaillierte Regelungen ausgearbeitet wurden.

Die Ausgangslage ist heute jedoch grundlegend anders. Das iranische Atomprogramm ist deutlich weiter fortgeschritten als vor zehn Jahren. Gleichzeitig haben regionale Konflikte, geopolitische Rivalitäten und das tiefere gegenseitige Misstrauen die Verhandlungslage erheblich erschwert.

Dennoch zeigt die Vereinbarung, dass beide Seiten derzeit ein gemeinsames Interesse daran haben, eine weitere militärische Eskalation zu vermeiden. Ob daraus tatsächlich ein dauerhaftes Abkommen entsteht, hängt von den kommenden Wochen ab. Die entscheidenden Fragen – der Umgang mit hoch angereichertem Uran, die Kontrollmechanismen und die schrittweise Aufhebung der Sanktionen – sind bislang ungelöst. Das Memorandum markiert daher weniger das Ende des Konflikts als vielmehr den Beginn einer neuen diplomatischen Phase.

Autor: P. Tiko